

A N T R A G

der Abgeordneten Dirk Nockemann, Krzysztof Walczak, Thomas Reich, Marco Schulz, Benjamin Mennerich, Eugen Seiler, Peggy Heitmann, Antje Hebel, Dr. Dr. Joachim Körner, Robert Risch (AfD) vom 22.04.2025

Betr.: Sicherheitslage im Harburger Phoenix-Viertel ernst nehmen - Gewalt, Kontrollverlust und Verharmlosung durch den Senat beenden

Das Harburger Phoenix-Viertel steht beispielhaft für ein Quartier, das unter zunehmendem Kontrollverlust des Staates leidet. Aus einem ehemals kleingewerblich geprägten Arbeiterquartier ist ein sicherheitspolitischer Brennpunkt geworden. Gewaltkriminalität, Drogenhandel, illegales Glücksspiel, Vandalismus, Vermüllung und ein wachsendes Gefühl subjektiver Unsicherheit bestimmen das Bild.

Ein besonders alarmierender Vorfall ereignete sich am 3. April 2025: Laut Senatsantwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 23/113 kam es an diesem Tag zu einer Massenschlägerei mit bis zu 40 Beteiligten – unter ihnen auch Minderjährige. Der Konflikt zwischen offenbar tschetschenischen und kurdischen Gruppen eskalierte mit dem Einsatz von Messern, Stöcken, Flaschen und Schlagwaffen. Die Polizei war gezwungen, mit rund 30 Streifenwagen und Maschinenpistolen anzurücken. Eine Polizistin wurde verletzt, sieben Männer wurden festgenommen.

Die Polizei selbst berichtet von einer kontinuierlichen Zunahme kriminalitätsbelasteter Einsatzanlässe im Phoenix-Viertel und unterhält dort eine eigene „Arbeitsrate Phoenix-Viertel / Glücksspiel“. Dennoch bezeichnet der Senat die Sicherheitslage weiterhin als „grundsätzlich nicht auffällig“ – ein Verkennen der Realität, das sowohl den Menschen vor Ort als auch den Einsatzkräften nicht gerecht wird.

Die von der Polizei ergriffenen Einzelmaßnahmen (z. B. Gefährderansprachen, Aufenthaltsverbote, punktuelle Schwerpunkteinsätze) zeigen, dass Handlungsdruck besteht

– allerdings fehlt ein schlüssiges, strukturelles Konzept. Maßnahmen wie die schrittweise Modernisierung der Straßenbeleuchtung bis 2028 oder das Quartiersmanagement reichen angesichts der Eskalation nicht aus.

Zudem wird deutlich: Derartige Gewaltexzesse sind nicht nur zufällig. Die polizeiliche Statistik zeigt ein Muster ethnisch oder familiär organisierter Gewalt, teils mit Bezügen zur organisierten Kriminalität, das bislang kaum öffentlich thematisiert wird. Aussagen des Senats, es habe im Vorfeld keinerlei Hinweise auf eine mögliche Eskalation gegeben, verdeutlichen das Scheitern frühzeitiger Prävention.

Ein Vergleich mit anderen Hamburger Brennpunkten zeigt, dass wirksamere Maßnahmen möglich sind: Am Hansaplatz in St. Georg hat die Einführung intelligenter Videoüberwachung zu messbaren Rückgängen von Straftaten geführt. Auch Waffenverbotszonen (z. B. am Steindamm) haben sich als flankierende Maßnahme bewährt. Diese bewährten Instrumente müssen endlich auch in Harburg zum Einsatz kommen.

Darüber hinaus ist es nicht hinnehmbar, dass sich viele Bewohner des Viertels inzwischen weitgehend selbst überlassen fühlen, weil sich Polizei, Politik und soziale Träger gegenseitig auf punktuelle Maßnahmen verweisen. Wer Vertrauen in den Rechtsstaat zurückgewinnen will, muss sichtbar und dauerhaft handeln – mit mehr Polizeipräsenz, mehr Ordnung, besserer Ausleuchtung, klarer Kommunikation und sozialer Verantwortung.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein umfassendes, ressortübergreifendes **Sicherheits- und Ordnungskonzept** für das Harburger Phoenix-Viertel vorzulegen. Es soll konkrete, zeitlich und finanziell unterlegte Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, zur nachhaltigen Reduzierung von Gewaltkriminalität und zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität enthalten;

2. die Voraussetzungen für eine **dauerhafte Videoüberwachung** an kriminalitätsbelasteten Orten im Phoenix-Viertel zu schaffen – insbesondere im Umfeld des Bahnhofs Harburg, der Wilstorfer Straße, der Ernst-Bergeest-Straße und bekannter Problemimmobilien;
3. ein **Pilotprojekt für intelligente Videoüberwachung** (z. B. mit KI-gestützter Erkennung von Gewalttätigkeiten) nach dem Vorbild des Hansaplatzes in St. Georg umzusetzen;
4. das Phoenix-Viertel zur **Waffenverbotszone** nach § 42 Abs. 5 WaffG auszuweisen;
5. die Einrichtung einer **stationären Polizeiwache oder regelmäßig besetzten Außenstelle** in unmittelbarer Nähe des Phoenix-Viertels umzusetzen, um die Präsenz zu erhöhen und den Bürgerkontakt zu verbessern;
6. die **Straßenbeleuchtung im gesamten Quartier flächendeckend zu verbessern**, besonders in Durchgängen, Hinterhöfen und dunklen Ecken – und die Modernisierung **deutlich vor dem derzeit geplanten Zeitraum bis 2028** abzuschließen;
7. einen **bezirklichen Ordnungs- und Kontrolldienst** im Phoenix-Viertel dauerhaft zu etablieren, insbesondere zur Ahndung von Vermüllung, ruhestörendem Lärm, illegalem Glücksspiel und Verstößen gegen Aufenthaltsverbote;
8. jährlich einen „**Sicherheitstag Harburg**“ unter Einbindung von Polizei, Feuerwehr, Jugendhilfe, Schulen, Migrationsberatungen, Drogenhilfe und Gewerbetreibenden durchzuführen, um Prävention, Aufklärung und Vernetzung zu fördern;
9. dem **Innen- sowie dem Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft halbjährlich schriftlich Bericht** über alle eingeleiteten Maßnahmen und deren jeweilige Wirksamkeit zu erstatten.